



Third Way all' italiana

Zwei Jahre Regierung Renzi

MICHAEL BRAUN UND ERNST HILLEBRAND

Januar 2016

- Nach zwei Jahren im Amt präsentiert sich die Regierungsbilanz Matteo Renzis gemischt. Dem Premierminister sind eine Verjüngung des politischen Personals und eine Überwindung der Selbstblockade des politischen Systems des Landes gelungen. Die Ära Berlusconi gehört definitiv der Vergangenheit an.
- Programmatisch und politisch steht Renzi in Kontinuität zur Modernisierungspolitik der Vorgängerregierungen Letta und Monti. Der von Renzi beanspruchte Bruch mit der Stagnation der Vergangenheit betrifft in erster Linie die Form der Politik, weniger die inhaltliche Grundausrichtung.
- Renzi ist es gelungen, sich als Zentralfigur des politischen Systems zu etablieren. Er ist im Moment ohne ernsthaften Herausforderer. Dabei präsentiert sich Renzi als volksnaher Macher, der die Widerstände der alten Systeminsider an allen Fronten zu überwinden versucht.
- In vielerlei Hinsicht präsentiert sich Renzis Modernisierungsprogramm wie eine italienische Variante des Dritten Weges. Dies gilt für den Regierungsstil ebenso wie für die Inhalte. Es handelt sich um eine technokratische Modernisierungspolitik, die im Wesentlichen auf das Wählermilieu der »Mitte« ausgerichtet ist und sich bewusst von den Modellen klassisch sozialdemokratischer Politik abzusetzen versucht.
- Die zentrale Herausforderung bleibt die Wirtschaft. Hier sind größere Erfolge im Moment noch nicht erkennbar. Damit bleiben auch die größten Probleme des Landes – Wachstum, Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit und Stagnation des Südens – ungelöst.



Inhalt

1. Konkrete politische Maßnahmen	2
2. Außen- und Europapolitik	3
3. Renzis Führungsstil als Partei- und als Regierungschef	4
4. New Labour all' italiana?	5
5. Bilanz	7

Am Morgen nach der Wahl des damals 43-jährigen Tony Blair zum Premierminister im Mai 1997 schrieb der britische Journalist Andrew Ramsley einen schönen Satz: »It may be a trick of the light, but it feels like a younger country«. Mit dieser Formulierung nahm Ramsley Bezug auf Blairs Wahlkampf-Buch »New Britain: My vision for a young country«.

Ein »jüngeres Land« ist auch ein Leitmotiv der Politik und Karriere Matteo Renzis, der am 22. Februar 2014, nur 39 Jahre alt, zum Premierminister Italiens vereidigt wurde. Noch stärker als bei Tony Blair stand und steht das Motto einer generationellen Erneuerung im Zentrum der Karriere des ehemaligen Bürgermeister von Florenz. Einem staunenden Publikum präsentierte er sich als selbsternannter »Verschrotter« der gesamten alten Garde der italienischen Politik.

Zwei Jahre nach Amtsantritt Renzis ist es Zeit für eine erste Bilanz. Was ist von dem Anspruch, das Land im Parforce-Ritt zu modernisieren, geblieben? Was ist gelungen, was nicht? Ist der Anspruch der Radikalerneuerung überhaupt mehr als ein schöner Schein? Oder verbirgt sich hinter der Fassade einer Verjüngung des Personals vielmehr eine Kontinuität der Inhalte und der verfolgten Politiken?

Der Anspruch einer generationellen Erneuerung wurde mit der Vorstellung des Kabinetts erkennbar eingelöst: Wichtige Schlüsselfunktionen gingen an unter 40-Jährige Politiker und die Hälfte der Regierungspositionen an Frauen. Das Italien Matteo Renzis fühlt sich in der Tat wie ein jüngeres (und moderneres) Land an, zumindest im Umfeld der politischen Institutionen des Landes. Deutlich gemischer fällt allerdings die Bilanz im Bereich der politischen Inhalte aus. Es bedarf einer sehr wohlwollenden Interpretation, um im Vergleich zur Linie der Vorgänger-Regierungen größere Brüche zu erkennen. In vielerlei Hinsicht präsentiert sich die Regierung Renzi als eine italienische Variante des altbekannten »Dritten Weges«, mit der typischen Kombination aus soziokultureller Modernisierung, technokratischem Politikverständnis und liberaler Wirtschaftspolitik. Hinzu kommen allerdings eine Reihe von Eigentümlichkeiten, die der spezifischen Situation des Landes ebenso geschuldet sind wie dem Charakter der handelnden Akteure.

1. Konkrete politische Maßnahmen

Matteo Renzi hatte sich für seine Regierungszeit ein umfassendes Reformprogramm vorgenommen, das mit großer Geschwindigkeit umgesetzt werden sollte. Unter dem Slogan »Jeden Monat eine Reform« wurde 2014 ein Arbeitsprogramm präsentiert, das von Veränderungen der Verfassung und des Wahlrechts hin zu Schule, Arbeitsmarkt, Justiz und dem öffentlichen Dienst reicht. Die dafür notwendigen Mehrheiten beschaffte und beschafft sich der Premier seither mit wechselnden Mehrheiten und Allianzen. Stabil ist dabei nur die Kooperation mit der Mitte-Rechtspartei NCD des ehemaligen Berlusconi-Kronprinzen Angelino Alfano, der bereits unter der kurzlebigen Vorgängerregierung Enrico Lettas Innenminister geworden war und dieses Amt auch unter Renzi beihält.

Die bisherige Arbeitsbilanz kann sich durchaus sehen lassen. Dies gilt vor allem für die Modernisierung der politischen Institutionen des Landes und die Sicherung der Handlungsfähigkeit des latent zur Selbstblockade neigenden politischen Systems Italiens. Im Rahmen eines geschickten Spiels mit verschiedenen politischen Partnern – darunter auch Silvio Berlusconis Forza Italia – wurden wesentliche Reformen des politischen Systems auf die Gleise gesetzt.¹ Die wichtigsten Elemente sind:

- Die Abschaffung des »vollständigen Zweikammersystems«, in dem alle Gesetze sowohl durch das Abgeordnetenhaus wie durch den Senat verabschiedet werden müssen. Der gewählte Senat bisheriger Art wird mit der nächsten Wahlperiode abgeschafft und in eine Art Regionalvertretung mit sehr eingeschränkter legislativer Zuständigkeit umgewandelt.
- Die Veränderung des Wahlmodus des Staatspräsidenten, die Einführung neuer Regeln für Volksabstimmungen und Gesetzesinitiativen, die Einführung eines beschleunigten Gesetzgebungsverfahrens für dringende Sonderfälle und die klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten der Regionen und des Zentralstaats; die 110 Provinzen als administrative Zwischenebene wurden abgeschafft.
- Die Verabschiedung eines neuen Wahlrechts. Im Jahr 2013 hatte das Verfassungsgericht das alte Wahlgesetz für nicht verfassungskonform erklärt. Die folgenden Ver-

1. Noch müssen beide Häuser des Parlaments in einer letzten Lesung der Reform zustimmen, an ihrem Gelingen bestehen jedoch nur geringe Zweifel.

handlungen mit der Opposition führten zu einem Kompromiss mit Silvio Berlusconi, die in ein neues Wahlgesetz mündeten. Dieses als »Italicum« bezeichnete Wahlgesetz sieht eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Parteien vor, in dem über die Vergabe zusätzlicher Parlamentssitze entschieden wird, die dem Sieger eine stabile Parlamentsmehrheit verschaffen. Damit soll die chronische Instabilität der Regierungen Italiens überwunden werden.

Weniger erfolgreich als im institutionellen Bereich erwies sich die Regierung im Bereich der Modernisierung des italienischen Wirtschafts- und Sozialsystems. Allerdings ist auch in diesem Bereich erkennbar, dass die Regierung die Stagnation der vergangenen Jahre überwinden möchte.

Das symbolisch und politisch wichtigste Reformvorhaben in diesem Bereich war die Reform der Arbeitsgesetzgebung, die Ende 2014 verabschiedet worden war und im Laufe des Jahres 2015 durch Gesetzesdekrete konkretisiert wurde. Im Rahmen des unter dem Anglizismus »Jobs Act« laufenden Gesetzespakets wurden beschlossen:

- Die Abschaffung des formellen Kündigungsschutzes mit Recht auf Wiedereinstellung und seine Ersetzung durch ein Entschädigungsverfahren. Die rund 14,5 Mio. Arbeitskräfte, die einen festen Vertrag haben, genießen allerdings weiterhin den Kündigungsschutz nach der alten Gesetzeslage.
- Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung mit einer maximalen Wirkungsdauer von 24 Monaten.

Eine weitere wichtige symbolische Reform war die Reform des Schulsektors, auch diese mit einem plakativen Titel versehen (Die gute Schule – »La buona scuola«). Kernstück der Reform ist die Übernahme von zunächst 48 000, langfristig ca. 100 000 prekär beschäftigten Lehrkräften in den regulären Dienst. Gleichzeitig wurde in die Gehaltsentwicklung der Lehrkräfte eine Leistungs- und Fortbildungskomponente eingeführt. Die Direktoren der Schulen erhalten größere Autonomie und Entscheidungsbefugnisse. Insgesamt sollen in den Jahren 2015/16 Investitionen von 4 Mrd. € in den Schulsektor fließen.

Als entschlossener Modernisierer präsentiert sich Renzi auch auf dem Feld der Bürgerrechte. Hier treibt er seit seinem Amtsantritt prioritär zwei Vorhaben voran: Ein neues Staatsbürgerrecht für in Italien geborene Kinder

von Immigranten sowie die Einführung eingetragener Lebenspartnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare.

In Italien leben – bei einer Immigrantenbevölkerung von insgesamt gut fünf Millionen – heute ca. eine Million Minderjährige mit ausländischem Pass; gut 60 % von ihnen wurden in Italien geboren, weitere 20 % kamen in einem Alter unter fünf Jahren ins Land. Bisher konnten sie erst bei Erreichen des 18. Lebensjahrs die italienische Staatsbürgerschaft beantragen. In Zukunft sollen Kinder schon bei der Geburt den italienischen Pass erhalten, wenn wenigstens einer der Elternteile über einen langfristigen EU-Aufenthaltstitel verfügt. Ist dies nicht der Fall oder gelangt das Kind erst nach seiner Geburt nach Italien, kann der Pass nach sechs Jahren Aufenthalt beantragt werden, sofern wenigstens ein Schulzyklus (Grundschule oder für ältere Kinder die Mittelschule) erfolgreich in Italien abgeschlossen wurde. Noch steht die Verabschiedung des Gesetzes durch den Senat aus.

Völlig ohne gesetzliche Regelung steht Italien bisher auf dem Feld der »Homosexuellenehe« da. Aufgrund der Widerstände des Vatikans und der katholischen Kräfte in der Politik bis in die PD hinein scheiterten bisher alle Anläufe auf diesem Feld. Mit einem von Renzi massiv unterstütztem Gesetzentwurf sollen nun gleichgeschlechtliche Paare zivilrechtlich weitgehend mit heterosexuellen Eheleuten gleichgestellt werden. Die einzige Ausnahme bleibt die Adoption: Der Gesetzentwurf sieht nur die »stepchild adoption« vor, sprich das Recht, das Kind des Partners oder der Partnerin zu adoptieren. Auch dies geht den katholischen Kräften in der PD ebenso wie Renzis Koalitionspartner NCD zu weit. Renzi verfügt jedoch über die Option, das Gesetz mit den Stimmen der oppositionellen 5-Sterne-Bewegung zu verabschieden; und er scheint gewillt, diese Option auch auszuspielen.

2. Außen- und Europapolitik

Politisch und programmatisch stehen die Verfassungs- und Sozialreformen weitgehend in der Tradition der Modernisierungspolitik der Vorgängerregierungen und der Brüsseler Erwartungshaltungen.² Auch die Europapolitik Renzis ist im Grunde von Kontinuität geprägt. Der Ministerpräsident hat sich mit einer Reihe von europapoli-

2. Der regierungskritische Politologe Marco Revelli spricht in diesem Zusammenhang von der »verinnerlichten Troika«. Vgl. Marco Revelli, *Dentro e Contro – Quando il populismo è di governo*, Rom 2015.

tischen Beratern umgeben, die auf eine Vertiefung der Integration orientiert und einem technokratischen Politikstil à la Mario Draghi und Mario Monti verpflichtet sind. Der Europaminister Sandro Gozi arbeitete von 1995–2005 für die Europäische Kommission, u. a. als Mitglied des Kabinetts von Kommissionspräsident Romano Prodi sowie als politischer Berater José Manuel Barroso. Dabei ist es der klar formulierte Anspruch Renzis, Italien in der EU wieder mehr Gewicht zu verleihen. »Ohne Arroganz, aber auch ohne Minderwertigkeitskomplex« will Renzi die Interessen Italiens in der EU vertreten.³ Diese integrationsorientierte europapolitische Grundhaltung wird innenpolitisch durch eine sehr explizite Rhetorik der Affirmation Italiens in Europa ergänzt bzw. wahltaktisch ausbalanciert. Regelmäßige verbale Sticheleien gegen Brüssel gehören zu diesem Ansatz ebenso wie eine gelegentliche Polemik gegen das deutsche Übergewicht in der EU und ihre politischen Strategien. Die EU, so der italienische Premierminister im Dezember 2015, müsse »28 Ländern nützen, nicht nur einem«. Mit seiner Kritik am »deutschen Buchhaltungsdarwinismus« (so eine Formulierung des linksliberalen »Espresso«) findet Renzi durchaus Rückhalt in den Medien und der öffentlichen Meinung.

Anfang 2016 hat Renzi den Ton gegenüber Brüssel allerdings ungewöhnlich verschärft. Als Hauptmotiv für dieses Verhalten kann die Frage der Haushaltsdisziplin bzw. Austeritätspolitik gelten. Das niedrige Wirtschaftswachstum ist die zentrale Achillesferse der Regierung Renzi. In einem Interview mit der Financial Times nach den Wahlen in Spanien wies Renzi darauf hin, dass die exzessive Austeritätspolitik der EU eine Reform-Regierung nach der anderen in Südeuropa in den Abgrund reiße: Erst in Griechenland, dann in Portugal und nun in Spanien.⁴ Um diesem Schicksal zu entgehen, wünscht sich Renzi bis zu den Wahlen 2018 größere Spielräume bei Haushaltsdefizit und staatlicher Konjunkturpolitik, als sich aus Maastricht und dem »fiscal compact« ergeben. Die deutsche Linie, für diese Position zwar informell Verständnis zu signalisieren, im konkreten Einzelfall aber via Brüssel die Spielräume doch eng zu halten, beginnt der römischen Regierung erkennbar auf die Nerven zu gehen.

3. Corriere della Sera, 19.1.2016.

4. <http://www.ft.com/cms/s/0/c6ab59e2-a8c1-11e5-955c-1e1d6de94879.html#axzz3xiiq07Jfg>, aufgerufen am 19.1.2016

3. Renzis Führungsstil als Partei- und als Regierungschef

Als Mann des Aufbruchs setzte und setzt sich Matteo Renzi nicht bloß in der Sache der von ihm verfolgten Reformpolitiken in Szene. Auch in der Form, sprich im von ihm praktizierten Führungsstil, lässt der Florentiner keine Gelegenheit aus, um deutlich zu machen, dass sich mit ihm der Wind gedreht hat.

Renzi hat seine Blitzkarriere konsequent als »enfant terrible« der Partito Democratico (PD) absolviert. 2009 wurde er Bürgermeister von Florenz, nachdem er diverse Kandidaten des Parteiestablishments in den Primaries geschlagen hatte. Doch der damals erst 34-Jährige ließ sofort nationale Ambitionen durchblicken. Hierzu dienten nicht zuletzt die frontalen Attacken auf die traditionellen Parteiführer, die er von 2010 an als »Verschrotter« aus dem Weg zu räumen versprach. Die PD war erst 2007 aus der Fusion der (ihrerseits aus der Kommunistischen Partei Italiens entstandenen) »Linksdemokraten« und der von früheren Christdemokraten dominierten, kleineren Mittepartei »Margherita« entstanden. Renzi selbst stand in der christdemokratischen Tradition der Margherita und schien damit dazu verdammt, als einer der Protagonisten der Minderheit in der PD auf ewig in der zweiten Reihe zu stehen.

Stattdessen setzte der Bürgermeister von Florenz auf ein Konzept, das man durchaus als Versuch einer »feindlichen Übernahme« bezeichnen kann. Seine Botschaft war von Anfang an, dass die (von früheren Linksdemokraten dominierte) Parteiführung unfähig sei, eine wirkungsvolle Alternative zu Silvio Berlusconi zu organisieren. Nach der vom damaligen Parteichef Pierluigi Bersani unerwartet verlorenen Parlamentswahl 2013 schlug seine Stunde. Renzi, der mit durchaus bisweilen sehr populistischen Tönen gegen das alte politische Establishment, gegen die Kosten des Politikbetriebs oder gegen die öffentliche Parteienfinanzierung polemisierte, konnte Ende 2013 die (für alle Bürger offenen) Urwahlen für den neuen Parteichef der PD klar für sich entscheiden. Dabei führte er seine Kampagne, ohne auf seinen Kundgebungen je Parteesymbole der PD zu zeigen. Der Newcomer platzierte sich bereits damals als Kandidat, der in die Mitte, ja bis in die Berlusconi-Rechte ausstrahlte und auch gegen Stimmen aus diesen Lagern keine Einwände hatte.⁵

5. Zur Karriere Renzis siehe auch Davide Vecchi, L'intoccabile – Matteo Renzi, la vera storia, Mailand

Der neue Parteichef nutze sein Mandat um zunächst in der PD durchzuregieren. Alle entscheidenden Positionen in der Partei wurden mit Renzi-Anhängern besetzt. Die (generationell stark verjüngte) engere Parteiführung tritt nur unregelmäßig zusammen, der erweiterte Parteivorstand wird in der Regel nur einberufen, wenn es gilt, zentralen Entscheidungen der Renzi-Exekutive per Akklamation zuzustimmen.

Seine starke, aus den Urwahlen zum Parteichef gewonnene Legitimation nutzte Renzi unmittelbar darauf, um auch das Amt des Regierungschefs zu erobern. Nur zwei Monate nach seinem Antritt als PD-Vorsitzender stürzte er im Februar 2014 den eigenen Parteifreund Enrico Letta, der mit einer Koalition aus der PD und der kleinen, Berlusconi abtrünnig gewordenen Rechtspartei NCD regierte. Renzi legte die gleiche Koalition wieder auf, mit dem Versprechen allerdings, die Regierung werde jetzt »durchstarten«. Die Regierung kündigte einen Strauß zahlreicher Reformvorhaben an – und senkte unmittelbar die Steuerlast für etwa zehn Millionen Arbeitnehmer um etwa 80 Euro pro Monat.

Bei den EP-Wahlen im Mai 2014 zeigte sich, dass Renzis Rechnung aufgegangen war. Die PD holte mit knapp 41 % weit mehr als noch bei den nationalen Wahlen ein Jahr zuvor. Nach der Legitimation durch die Urwahlen der PD verfügte der Regierungschef nunmehr auch über eine starke Legitimation durch die gesamte italienische Wählerschaft. Dies war umso wichtiger, als Renzi – seinerzeit Bürgermeister von Florenz – bei den Parlamentswahlen vom Februar 2013 weder als Spitzenkandidat noch als einfacher Abgeordneter kandidiert hatte.

Kern des Systems Renzi ist eine Exekutive, in der die Minister wenig, der Regierungschef dagegen – zumindest in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit – enormes Gewicht hat. Hohe Präsenz in den traditionellen Medien ebenso wie die konstante Ansprache der Bürger auch über die Social Media dienen dazu, den Kontakt zu den Wählern aufrechtzuerhalten. Kernbotschaft Renzis ist dabei, dass er gleichsam an der Seite des Volkes gegen den überkommenen Politikbetrieb, gegen dessen Rituale, Selbstbezogenheit und Verkrustungen stehe. Sie aufzubrechen stellt er als seine nobelste Mission dar, ob es nun um die eigene Partei oder das Parlament geht. Diese Selbstinszenierung als Macher, der den Volkswillen exekutiert, nimmt durchaus Anleihen bei populistischen Politikmustern, in denen das direkte Band zwischen der charismatischen

Führungsfigur und den »einfachen Leuten« gegen »die Kaste der Politiker« zentrales Element ist. Dieser »Regierungspopulismus« nimmt die Grundstimmung einer extrem politikverdrossenen italienischen Bevölkerung auf, artikuliert sie aber paradoxerweise aus dem Zentrum des politischen Machtapparates selbst heraus.⁶

Große Aversion zeigt der Ministerpräsident auch gegen intermediäre Organisationen der gesellschaftlichen Interessenvertretung, vorneweg gegen die Gewerkschaften. So setzte er seine Arbeitsmarktreform ohne Rücksicht auf die Proteste und den Widerstand der drei Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL durch, ja er suchte geradezu den Zusammenstoß. Er theoretisierte in diesem Zusammenhang offen einen neuen Umgang der Politik mit den Interessenverbänden: Er spricht ihnen auf der formellen Ebene rundheraus das Recht ab, jenseits eines engen Umfeldes der tarifpolitischen Interessenvertretung auch als Akteure auf der politischen Bühne aufzutreten. In der Sache stellt Renzi die Gewerkschaften immer wieder in die Ecke der »konservativen« Kräfte des Beharrens, die sich aufgrund ideologischer Vorurteile jeder Reform verweigerten. Renzi bricht so offen mit einer langen Tradition der Mitte-Links-Regierungen Italiens, die den Gewerkschaften immer das Recht zuerkannt hatten, als wichtige Stimme Gehör zu finden, wann immer es um die Definition sozial- und wirtschaftspolitisch relevanter Gesetzesvorhaben ging. Mittlerweile darf das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und Regierung als so schlecht wie zuletzt nur in den Berlusconi-Jahren gelten.

4. New Labour all' italiana?

Nicht nur im gemeinsamen Verlangen nach einer radikalen Verjüngung präsentiert sich das Modernisierungsprojekt Renzis wie eine italienische Kopie der New-Labour-Agenda Tony Blairs und Gordon Browns. Auch in vielen anderen Aspekten sind die Ähnlichkeiten sehr groß, bis hinein in Stil-Fragen des Politischen.

Wie New Labour konzentriert sich Renzi auf die Abdeckung der (vermeintlichen) politischen Mitte. Dabei verbindet es sozioökonomische Liberalisierungspolitik mit einer soziokulturellen Modernisierungsagenda, die

6. Vgl. auch Marco Damilano, *La Repubblica del Selfie*, Mailand 2015, S. 181–270 und Marco Revelli, a. a. O.

als Ausweis authentisch »progressiver« Gesinnung der Regierung die unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik politisch ausbalancieren soll. Das alte Links-Rechts-Schema wird als überholt betrachtet, vielmehr stehen »Modernisierer« den Ewig-Gestrigen gegenüber. Ebenso wie New Labour in »Old Labour« den innenpolitischen Hauptfeind sah, so versucht auch Renzi Zweifel in der PD an seiner Reformpolitik als Ausweis rückwärtsgewandter Modernisierungsverweigerung zu stigmatisieren. Der Anspruch, eine neue Zeit zu repräsentieren, wird auch durch Imagekampagnen und Slogans unterhalten: Was für Blair der Slogan vom »Cool Britannia« war, ist für Renzi »L'Italia che vince«, das siegende Italien, das sich – dank des Premiers – aus seiner defätistischen Grundstimmung und den Untergangsstimmung der Schwarzseher befreit. Was für Blair der Londoner »Millenium dome« war, ist für Renzi die Expo in Mailand. Auch für Renzi sind die Gewerkschaften eher ein Gegner als ein Verbündeter. »Normale Bürger« werden gegen die Funktionäre ausgespielt, vermittelnde Instanzen unter den Generalverdacht gestellt, egoistische Eigeninteressen zu verfolgen. Letztendlich trifft diese Verachtung des Korporatismus auch die Parteien (denen in Italien die staatliche Finanzierung gestrichen wurde). Dies gilt auch für die eigene Partei, deren langsame Aushöhlung akzeptiert, wenn nicht als unvermeidlich und notwendig wahrgenommen wird – so wie auch New Labour lange Zeit von der eher virtuellen Netzwerkpartei anstelle der Hinterzimmerrituale der traditionellen Parteiorganisation träumte. An die Stelle der Partei als Transmissionsriemen der politischen Teilhabe tritt die unmittelbare bzw. medial vermittelte und per Meinungsumfragen nachgehaltene Kommunikation zwischen politischer Führungsschicht und Bevölkerung, in der sich der Regierungschef als Schutzmacht des »common sense« gegen die Verwirrung und den Egoismus der Parteien, des Parlaments und der Verbände (vor allem der Gewerkschaften und überhaupt der Linken) präsentiert.

Ähnlichkeiten gibt es auch beim politischen Stil. Wie Blair regiert auch Renzi mit einem kleinen Küchenkabinett von Vertrauten. Abweichung – »being off message« – wird geahndet, differenzierte Zwischentöne und differenzierte Loyalitäten sind nicht angesagt: Man ist – so schildern das zumindest die italienischen Medien – Freund oder Feind, mit oder gegen Matteo.⁷ Das war – zumal auch

in der Dauerkonfrontation mit Gordon Brown und seiner Parallel-Kamarilla – im Falle Blairs nicht anders. Für den Regierungsstil zentral ist eine systematische Kommunikationsarbeit, die die Message des Regierungschefs als wesentlichen Inhalt hat. Die Unterschiede betreffen eher die Technik: Ging es beim »spin« des Downing-Street-Duos Mandelson/Campbell noch eher um die Beeinflussung der Öffentlichkeit via Medienmeinung, so konzentriert sich Matteo Renzi sehr viel stärker auf die direkte Kommunikation mit den Wählern über TV und *social media*.

Allerdings sind auch die Unterschiede zwischen der Republik Renzis und der Hochphase des »Dritten Weges« in Großbritannien nicht zu übersehen. Mit den Schriften Anthony Giddens, den langjährigen Vorarbeiten von Think tanks wie dem ippr und anderer Einrichtungen verfügte New Labour beim Machtantritt über einen intellektuell gefestigten Corpus von Politik- und Reformansätzen mit theoretischem Unterbau. Der improvisierte Machtantritt Renzis in einem Kontext massiver Schwäche der politischen und gesellschaftlichen Institutionen Italiens ist damit nicht zu vergleichen.⁸ Das politische Verkaufstalant Blairs wurde durch die intellektuelle Substanz Gordon Browns ergänzt, die in die Regierungsarbeit New Labours ein solides programmatisches und sozialpolitisches Rückgrat (und eine zweite, ebenbürtige Meinung) einzog. Eine ähnliche Figur ist in der italienischen Regierung im Moment nicht zu erkennen.

Der entscheidende Unterschied liegt aber in den Kontextbedingungen, unter denen die »zentristischen« Modernisierungsstrategien verfolgt werden können. New Labour profitierte über eine lange Zeit guter Wirtschaftsentwicklung, die vom Finanzsektor in der Londoner City und dem Immobilienboom im Süden Englands getragen wurde. Dieses enorm günstige konjunkturelle Umfeld wurde für eine Politik ernsthafter und systematischer Investitionen in die Infrastruktur, den Bildungssektor, das Gesundheitssystem und den Aus- und Umbau des Sozialstaats genutzt. Diese Spielräume stehen der Regierung Renzi nicht zur Verfügung; die Ergänzung wirtschaftsfreundlicher Liberalisierungspolitik durch eine Stärkung sozialstaatlicher Elemente und Investitionen kann hier nicht erfolgen. Die Spielräume für eine expansive Haushaltspolitik sind nicht vorhanden; »Geld in die Hand nehmen« ist in Italien mit seiner Staatsverschuldung von 134 % des BIP

7. Vgl. hierzu auch Pierluigi Battista, I gufi, i sindacati e tutti gli altri nemici, in *Corriere della Sera* vom 30.12.2015

8. Zur Vorgeschichte vgl. Marco Damilano, Chi ha sbagliato piu forte, Rom 2013.

keine Option. Hinzu kommt die ausgeprägte strukturelle Heterogenität der italienischen Volkswirtschaft, wo die Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen zwischen der ärmsten und der reichsten Region des Landes größer sind als zwischen Griechenland und Deutschland vor Beginn der Eurokrise. Auch hier war die Lage für New Labour substanziell anders. Labour konnte in die abgehängten »labour heartlands« im Norden und den Midlands massiv investieren – und tat dies auch. Die Regierung Renzi hat dagegen bisher wenig Strategisches für den Süden zu Papier gebracht und die notwendigen finanziellen Mittel für eine wirksame Förderpolitik für den Süden stehen nicht zur Verfügung.

5. Bilanz

Insgesamt ergibt sich am Ende des zweiten Amtsjahres des selbst ernannten »Verschrotters« der alten politischen Klasse Italiens ein gemischtes Bild. Signifikante Fortschritte konnten vor allem in jenen Bereichen erzielt werden, in denen ein umfassender Zugriff über das politische System und gesetzgeberische Verfahren möglich ist. Überall sonst sind die Erfolge sehr viel geringer. An vielen wichtigen Großbaustellen – die sinkende wirtschaftliche Leistungskraft des Landes, die Stagnation der südlichen Landeshälfte, die Defizite im Hochschul- und Ausbildungssystem, die abnehmende technologische Wettbewerbsfähigkeit, das Fortbestehen eines riesigen Schattensektors in der Wirtschaft, ein zähgängiges Justizwesen und schließlich die exzessive Staatsverschuldung – hat sich bisher nicht allzu viel getan. Dies ist nicht unbedingt Ausdruck eines fehlenden Problembewusstseins der Regierung und der Regierungspartei; die Problemlagen im komplexen italienischen Regierungs- und Verwaltungssystem, die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Kulturen zwischen Nord und Süd und die geringen Spielräume im Rahmen des europäischen Governance-Systems machen die Lösung der Probleme schlicht extrem schwierig. Dafür, dass ein Großteil der Regierungsmannschaft innerhalb kürzester Zeit den Sprung aus der Provinzpolitik der Toskana auf die nationale, europäische und internationale Bühne schaffen musste, macht die Regierung Renzi ihre Sache nicht schlecht.

Im Jahr 2016 wird Renzi zwei Voten zu bestehen haben, die für sein weiteres politisches Schicksal von großer Bedeutung sind. Voraussichtlich im Oktober werden die Wähler über die Verfassungsänderungen entscheiden.

Der Regierungschef selbst hat sein politisches Schicksal mit der Volksabstimmung verknüpft: Bei einem Scheitern werde er sich aus der Politik zurückziehen, kündigte er an. Doch allgemein wird mit einer deutlichen Zustimmung gerechnet. Dies ist auch der Grund, warum Matteo Renzi beabsichtigt, das Referendum zu einem Plebiszit über seine Bilanz als Regierungschef zu stilisieren. Damit soll gegebenenfalls auch ein möglicherweise weniger erfreulicher Ausgang der im Juni stattfindenden Kommunalwahlen aufgewogen werden. Die in so wichtigen Städten wie Rom, Mailand, Turin, Neapel oder Bologna stattfindenden Wahlen sind durchaus mit hohen Risiken für die PD behaftet. In Rom wird ein Wahlsieg von Beppe Grillos 5-Sterne-Bewegung nicht mehr ausgeschlossen, und auch in Turin gilt dies als möglich. Ein anschließender »Sieg« im Referendum könnte einen Relaunch des Images des Regierungschefs und der PD als Reform- und Modernisierungspartei bringen, im Aufgalopp zu dann womöglich auf das Jahr 2017 vorgezogenen Parlamentswahlen.

Zahlreiche politische Beobachter in Rom halten es allerdings für offen, mit welcher PD eigentlich Renzi dann in den Wahlkampf ziehen wird. Der Wahlforscher Ilvo Diamanti spricht mittlerweile nicht mehr von der PD, sondern der »PdR«, der »Partei Renzis« (»Partito di Renzi«). Renzi, so Diamanti und andere, verfolge hinter den Kulissen das Projekt einer Neuausrichtung: Er wolle die Partei politisch in die Mitte rücken und sie als »Partito della Nazione«, als »Partei der Nation« auch für gemäßigt rechte Wähler attraktiv machen. Damit entstünde eine starke Zentrumsparterie, die in ihrer Verortung im Links-Rechts-Spektrum eher der alten Democrazia Cristiana als einer sozialdemokratischen Kraft ähneln würde. Eine solche Partei würde auch einem Teil der Wählerschaft des implodierenden Berlusconi-Lagers eine neue politische Heimat geben.

Offen muss gegenwärtig bleiben, ob im Falle der Realisierung eines solches Projektes die Zugewinne von Wählerstimmen in der Mitte und auf der Rechten die Verluste auf der Linken ausgleichen könnten. So oder so werden die nächsten Wahlen für die PD mit einem hohen Risiko behaftet sein. Das neue, von Renzi anfänglich in Allianz mit Berlusconi konzipierte Wahlrecht macht die Parlamentswahl zu einem Unternehmen, in dem alles zu gewinnen, aber auch alles zu verlieren ist. Es sieht vor, dass die beiden stärksten Parteien in eine Stichwahl gehen, deren Gewinner die absolute Mehrheit der Par-



lamentssitze erhält. Dieses auf die beiden großen Blöcke PD und Forza Italia zugeschnittene Wahlrecht birgt mit dem Aufstieg von zusätzlichen Parteien plötzlich neue Ungewissheiten. Der Abstand der PD zu Grillos Movimento5Stelle ist im Moment allen Meinungsumfragen zufolge nicht allzu groß.⁹ Und bei der Frage nach dem Votum in einer Stichwahl bekundeten zu Beginn des Jahre 2016 gut 52 % der Wähler, sie würden für M5S stimmen.¹⁰ Gerade das als Element neuer Stabilität und höherer Regierungsfähigkeit konzipierte Wahlrecht könnte so paradoxerweise zum Faktor neuer Instabilität für die Politik Italiens werden.

Entscheidend wird letztendlich die wirtschaftliche Entwicklung sein. Und hier sind die Nachrichten noch immer nicht so, wie man sie sich wünschen würde. Mit 0,7 % blieb das Wirtschaftswachstum 2015 noch relativ schwach. Im Vergleich zu anderen großen westlichen Volkswirtschaften hat Italien seit Einführung des Euros erheblich an Wettbewerbsfähigkeit verloren.¹¹ Und die Überwindung der Finanz- und Eurokrise ist noch in weiter Ferne: Ende 2015 lag die industrielle Produktion immer noch 31 % unter dem Spitzenwert der Vorkrisenzeit.¹² Selbst für einen so talentierten Politiker wie Matteo Renzi könnte es in einem solchen Umfeld die Luft dünn werden. Noch hat der »rottamatore« einiges an Zeit, die Wirtschaft zu beleben. Aber die Zeit läuft. Auch für junge Politiker.

9. Während der PD 31–34 % eingeräumt werden, kommt M5S auf 27–29 %.

10. Einen laufenden Überblick über Wahlumfragen gibt der offizielle Website www.sondaggiipoliticoelettorali.it

11. Dino Pinelli, István Székely, Janos Varga, Italy's productivity challenge, VOX, CEPR's Policy Portal, 22.12.2015, <http://www.voxeu.org/article/italys-productivity-challenge>, aufgerufen am 19.1.2016

12. Vgl. Ministero dello Sviluppo Economico, Cruscotto congiunturale nr. 3 – 23.12.2015, S. 41.



Über die Autoren

Dr. Michael Braun, Politikwissenschaftler, Programmdirektor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Italien. Von 2001 bis 2015 Leiter des Büros Rom der FES.

Dr. Ernst Hillebrand, Politikwissenschaftler, seit September 2015 Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Italien

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Politikanalyse
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Michael Bröning, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7706 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Monitor Soziale Demokratie«.
Redaktion: Arne Schildberg, arne.schildberg@fes.de, Redaktionsassistentin: Sabine Dörfler, sabine.doerfler@fes.de.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-95861-392-8